

Israelreport

6 | 2012

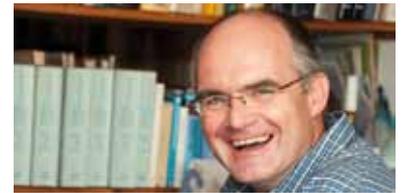
Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten

Sehnsucht nach Zion



Editorial

„Not-wendige Kritik“



Liebe Leser,

eigentlich kann man der „notwendigen Kritik“ der EKD in ihrer Orientierungshilfe „Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion“ am christlichen Zionismus (Seiten 83 – 85) nur aus vollstem Herzen zustimmen. Es ist abzulehnen, wenn jemand

- » Judentum und Staat Israel nur als Instrumente zur Herbeiführung eschatologischer Geschehnisse betrachtet und dem Judentum keinen eigenen Wert zugesteht.
- » das Recht einer jüdischen Existenz in der Diaspora bestreitet.
- » biblische Aussagen eng führt und endzeitliche Abläufe konstruiert.
- » Nichtjuden ein Lebensrecht im Land Israel bestreitet oder gar das Existenzrecht der Kirchen in dieser Region negiert.
- » konfliktverschärfend wirkt und der biblischen Botschaft von Versöhnung und Feindesliebe widerspricht.

Da gibt es nichts zu diskutieren! – Oder doch?

Irgendwie scheinen die Autoren der kirchlichen Orientierungshilfe bei ihrer Kritik am christlichen Zionismus den Vorsatz, eine „komplexe Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven in den Blick zu nehmen, um so zu einem begründeten, eigenständigen Urteil zu kommen“ (Seite 9), völlig vergessen zu haben. Nach einer grundsätzlichen Absicherung, es gebe natürlich „unterschiedliche Varianten des ‚christlichen Zionismus‘“, wird dieser pauschal in eine polarisierende, extremistisch rechtsnationale, ja, rassistische Ecke abgeschoben.

Stutzig macht sodann die Beobachtung, dass es nicht selten christliche Israelfreunde sind, die sich für die Lage der Palästinenser engagiert interessieren. Und schließlich taucht die Frage auf: Wer behauptet denn das, was die EKD-Beauftragten so vollmundig anprangern?

Aus diesem Grund habe ich alle in der EKD-Orientierungshilfe namentlich genannten christlich-zionistischen Organisationen angesprochen und um eine Stellungnahme gebeten – soweit das möglich war. Die „Arbeitsgemeinschaft Christen für Israel“ gibt es nämlich seit etwa einem halben Jahrzehnt gar nicht mehr. Andererseits ist bemerkenswert, dass die profiliertesten christlich-zionistischen Organisationen in Israel, die „Internationale Christliche Botschaft“ und das „Internationale Christlich-Zionistische Zentrum“, von der EKD überhaupt nicht genannt wurden.

Einige der christlichen Zionisten wollten überhaupt nicht auf die Behauptungen der EKD eingehen. Begründung: Man verteidigt sich doch nicht für etwas, das man nicht glaubt! Der amerikanische Leiter von „Christian Friends of Israel“, Ray Sanders, bezeichnete die Vorwürfe als „absurd“ und fragte, wer so „lächerliche Anschuldigungen“ verbreite. Alle verwiesen darauf, dass ihre Meinungen für jedermann nachprüfbar in den Medien einsehbar seien.

Um nicht missverstanden zu werden: Es sei der EKD unbenommen, sich anti-zionistisch zu positionieren. Auch gibt es unter christlichen Israelfreunden vieles, das der Kritik würdig ist und jedermann profitiert von einem offenen Blick in den Spiegel. Wenn Kritik aber tatsächlich „Not wenden“ soll, ist eine sachliche Analyse unabdingbare Voraussetzung. Und genau da haben die kirchlichen Orientierungshelfer – zumindest im Blick auf den Christlichen Zionismus – versagt.

Mit herzlichem Gruß aus Jerusalem,

Ihr Johannes Gerloff

Inhalt

Editorial:	„Not-wendige Kritik“	2
Titel:	Sehnsucht nach Zion	3
Politik:	Israels politische Landschaft	5
Gesellschaft:	100 Jahre Hadassah	6
Zeitgeschichte:	Professor Schmuël Nissan im Portrait	8
Literatur:	Ende der Demokratie?	10
Meldungen:	Pappfahrrad: Technologie der Zukunft?	11
Hintergrund:	Debatte über Islamophobie	12
In eigener Sache:	Neue Redaktionsleitung	14
Kommentar:	Zion – freue dich?	15

Impressum

Herausgeber:
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com | gerloff@kep.de (J. Gerloff)
Bankverbindung
Konto: 40983210, BLZ: 513 900 00,
Volksbank Mittelhessen eG
Vorsitzende: Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer: Wolfgang Baake
Redaktionsleitung: Dana Nowak,
Johannes Gerloff (stv.)
Redaktion: Moritz Breckner, Daniel Frick,
Elisabeth Hausen, Egmond Prill, Martina Schubert,
Swanhild Zacharias
Der Israelreport erscheint als Beilage des
Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance

Fragwürdige Orientierungshilfe

Anfang Oktober stellte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre „Orientierungshilfe zum Thema Land und Staat Israel“ vor. Erarbeitet hat sie der „Gemeinsame Ausschuss ‚Kirche und Judentum‘“ der drei evangelischen Kirchenbünde. Er nahm sich dafür fünf Jahre Zeit. Man ahnt, im Ausschuss wurde viel debattiert. || Ricklef Münnich

Ziel ist, „die oft hoch emotional und polarisierend geführte Diskussion um Land und Staat Israel zu versachlichen“ und es dem Leser zu ermöglichen, „zu einem begründeten, eigenständigen Urteil zu kommen“. Letzteres wird eingeschränkt, da keine Nachweise über getroffene Aussagen an die Hand gegeben werden.

Zu Beginn „bejaht“ die Orientierungshilfe „das Existenzrecht des Staates Israel“. Es berührt eigentümlich, wenn dies in den Kirchen immer noch ausdrücklich betont werden muss. In der Folge bringt die Studie grundlegende Informationen zu den Landverheißungen der Bibel, benennt Aspekte jüdischen wie muslimischen Verständnisses des Landes Israel und der Stadt Jerusalem, skizziert die Kirchengeschichte des „Heiligen Landes“, zählt theologische Positionen auf und führt in evangelisches Staatsverständnis ein.

Als erste Einführung in das Thema ist das alles hilfreich. Am Ende hat der Leser nachvollzogen, inwiefern Christen vom Land Israel als „heiligem“ oder „gelobtem Land“ sprechen können, ohne damit Territorien zu umreißen oder den Staat Israel religiös zu legitimieren, was dieser wie jeder Staat nicht nötig hat.

Eine wirkliche Weiterführung ihres Themas gelingt der Orientierungshilfe jedoch nicht. Dazu müsste sie mehr Farbe bekennen. So fordert sie Christen zwar auf, sich „am Überleben des von Gott erwählten jüdischen Volkes“ im Staat Israel mitzufreuen (was nach der Schoah in Deutschland leicht makaber klingt), um faktisch sogleich mit einem doppelten „kann“ einzuschränken: Die Staatsgründung „kann als ein Mittel erscheinen“, um „Juden ein Leben im Land Israel in Recht und Frieden zu ermöglichen“. Sie „kann“ als ein „Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk“ gedeutet werden. Also kann man sie christlich weiterhin auch anders verstehen? Mehr als 30 Jahre nach der rheinischen Synodalerklärung zum

Thema bietet die Orientierungshilfe hier weder Klärung noch Fortschritt.

Rücksicht auf Muslime?

Der Grund dürfte in unausgesprochener Rücksichtnahme auf Muslime und palästinensische Christen liegen. Die Studie meint, dass es christlicherseits „für die Beschäftigung mit dem Judentum und der Situation im Nahen Osten ... eine Rolle (spielt), dass in der Bundesrepublik heute auch Muslime leben, die aus der Region stammen“. Das wäre neu, wenn christliches Selbstverständnis von muslimischer Präsenz in Deutschland mitbestimmt würde. Im Blick auf christlich-palästinensische Theologie benennt die Studie zwar deren Differenz zu hier geprägter Israeltheologie, etwa wenn diese die Erwählung Israels aufhebt und die Landverheißungen der Bibel allen „Schwachen“ und damit jetzt primär den Palästinensern gelten lässt. Doch Schlussfolgerungen daraus überlässt sie dem Leser.

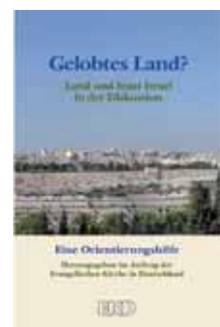
Fehler und Ungenauigkeiten

Die Orientierungshilfe enthält bei den Informationen über die Gegenwart im Staat Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten leider etliche Fehler oder Ungenauigkeiten. So wurden die Juden in der Niederschlagung des Bar-Kochba-Aufstandes nicht aus der römischen Provinz Syria Palaestina vertrieben (S. 17), sondern aus der Provinz Judaea; Kaiser Hadrian nahm die Umbenennung im Jahre 136 vor. Eine Besonderheit Israels gegenüber anderen modernen Demokratien sieht die Orientierungshilfe darin, „dass dieser Staat sich nicht nur als ‚demokratisch‘, sondern auch als ‚jüdisch‘ definiert“ und „allen Jüdinnen und Juden

das Recht auf Einwanderung“ garantiert (95). Nun, auch die Bundesrepublik versteht sich als „deutsch“ – das Grundgesetz gilt „für das gesamte Deutsche Volk“ – und hat daher etwa den Wolgadeutschen die Einwanderung ermöglicht. Bei weiteren Begründungen für die „Besonderheit Israels“ irren die Autoren: Der Sabbat ist nicht „der wöchentliche Feiertag“ in Israel; anders als in Deutschland mit dem Sonntag als gesetzlichem Feiertag steht es israelischen Bürgern frei, je nach Religionszugehörigkeit den Freitag, Samstag oder Sonntag als Feiertag zu halten. Auch „das Personenstandswesen wird nicht ... durch das Rabbinat geregelt“, sondern den alten osmanischen Rechtsprinzipien folgend von der jeweiligen Führung der Religionen im Staat. Schließlich sind „palästinensische Israeli“ nicht „aus Sicherheitsgründen vom Wehr- und Sicherheitsdienst ausgeschlossen“, sondern davon befreit; sie können sich freiwillig melden.

Solche Ungenauigkeiten und Fehler häufen sich vor allem in der Beschreibung der „Lebensverhältnisse der Christen im Heiligen Land“ (71f). ||

Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion. Eine Orientierungshilfe, herausgegeben im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Union Evangelischer Kirchen in der EKD und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, 128 S. u. 16 S. vierfarbiger Bildteil, Gütersloh 2012, 6,99 €. Die Studie kann unter http://www.ekd.de/EKD-Texte/gelobtes_land.html online gelesen sowie als PDF-Datei geladen werden.



Titel

Zionismus als Kolonialismus?

„Unsere Hoffnung ist verloren, es ist aus mit uns!“, war das Lebensgefühl der aus Judäa Deportierten vor mehr als zweieinhalb Jahrtausenden. Dem setzte der Prophet Hesekiel (37,12) entgegen: „Ich will eure Gräber auftun und hole euch, mein Volk, aus euren Gräbern herauf und bringe euch ins Land Israels.“ || Johannes Gerloff



Foto: Government Press Office (GPO), flickr

David Ben-Gurion verliest im Stadtmuseum von Tel Aviv die israelische Unabhängigkeitserklärung – über ihm ein Portrait von Theodor Herzl, dem Begründer des modernen Zionismus.

Im 19. Jahrhundert griff Naphtali Hertz Imber, selbst Bürger der Habsburger Monarchie, diese biblischen Formulierungen für ein Gedicht auf, das er „HaTikvah“, „Die Hoffnung“, nannte: „Solange im Innern des Herzens noch jüdisches Leben rumort, auf die äußersten Enden des Ostens, nach vorne gerichtet, ein Auge nach Zion blickt, ist unsere Hoffnung nicht verloren, die Hoffnung von zwei Jahrtausenden: Ein freies Volk zu sein, in unserem eigenen Land, im Land Zion und in Jerusalem!“ 2004 wurde „HaTikvah“ offiziell zur Nationalhymne des Staates Israel erklärt.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchte der Begriff „Zionismus“ auf, als Zusammenfassung der praktischen Bemühungen des jüdischen Volkes, nach zweitausend Jahren Diaspora in seine Heimat, nach „Zion“, zurückzukehren. Wer dem jüdischen Volk ein Recht auf Selbstbestimmung zugesteht, die Heimkehr des Volkes Israel in das Land zwischen Mittelmeer und Jordan für rechtens hält, sie grundsätzlich bejaht und unterstützt, ist „Zionist“ – sei er nun Jude, Christ, Muslim, Hindu oder auch Atheist.

Von seinen Gegnern wird dem Zionismus vorgeworfen, Landraub, Gewalt und die Vertreibung von Palästinensern zu rechtfertigen. Er wird als Kolonialismus kritisiert. 1975 verurteilte die UNO-Generalversammlung Zionismus als Rassismus. 1981 riefen 53 Länder der Afrikanischen Union in der Präambel ihrer Charta für Menschenrechte dazu auf, „Kolonialismus, Neo-Kolonialismus, Apartheid und Zionismus zu eliminieren“.

Die römisch-katholische Kirche hatte ein theologisches Problem mit jüdischen Nationalbestrebungen. Papst Pius X. ließ den Vater des säkularen Zionismus, Theodor Herzl, wissen: „Die Juden haben unseren Herrn nicht anerkannt, deshalb können wir das jüdische Volk nicht anerkennen.“ In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog der Vatikan eine Kehrtwende in seiner Einstellung zum jüdischen Volk. Dies bedeutete allerdings noch lange keine Unterstützung einer Heimkehr des jüdischen Volkes in sein Land. „Auch wenn wir die Juden nicht daran hindern können, nach Jerusalem zu gehen“, hatte Pius X. erklärt, „wir werden das niemals sanktionieren.“

Doch der Zionismus hat nicht nur Antagonisten. Unzählige Nichtjuden befürworten die Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land Israel. Lange bevor Juden aktiv eine Staatsgründung vorbereiteten, waren die britische Königin Victoria, Frankreichs Napoleon Bonaparte, der tschechoslowakische Präsident Tomáš Garrigue Masaryk und der Gründer des Internationalen Roten Kreuzes, Henry Dunant, de facto Zionisten.

Zionistische Muslime

Auch Muslime äußerten zionistische Meinungen. Bereits im 19. Jahrhundert befürwortete der Schah von Persien, Naser al-Din Schah Kadschar, die Ansiedlung von Juden in Palästina, später der pakistanisch-amerikanische Journalist Taschbih Sajjed. Der bekannteste muslimische Zionist ist heute der Imam von Rom, Scheich Abdul Hadi Palazzi. Israelfreundliche Muslime zitieren den Koran, Sure 7,137: „Wir [Allah] gaben dem Volk, das [in Ägypten] unterdrückt war [den Israeliten], die östlichen und westlichen Gegenden des Landes [die Ostbank und die Westbank des Jordan] (d.h. das ganze Land) zum Erbe.“

Asaad Schukeiri, Vater des ersten PLO-Generalsekretärs Achmed Schukeiri, widersprach zur Zeit des britischen Mandats Palästina dem Hitler-Freund Großmufti Hadsch Amin al-Husseini, als dieser islamische Lehren nutzte, um den Zionismus anzugreifen. Emir Faisal, Sohn des Scheich Hussein von Mekka, der sich nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs als rechtmäßiger Herrscher der arabischen Völker verstand, sympathisierte offen mit den Vorstellungen der Zionisten. Bis zum heutigen Tag haben jüdisch-nationale Ambitionen große Freunde, nicht nur unter Muslimen in Kurdistan und Nordafrika, sondern auch in Indien. Internationale Umfragen offenbaren Indien als proisraelischstes Land der Welt. ||

Israels politische Landschaft

Eigentlich hätte Premierminister Benjamin Netanjahu noch bis Oktober 2013 unangefochten auf seinem Stuhl sitzen bleiben können. Der Grund für seinen wenig überraschenden Beschluss, schon am 22. Januar das Volk zu den Urnen zu rufen, hat machtpolitische wie wahltaktische Hintergründe. || Ulrich W. Sahn



Foto: picture alliance

Avigdor Lieberman und Benjamin Netanjahu

Seitdem ist in Israel innenpolitisches Chaos ausgebrochen. Großen Parteien wie Kadima, die heute noch mit einem Drittel aller Mandate in der Knesset sitzt, wird schon die Auflösung und das Scheitern an der Sperrklausel von nur zwei Prozent vorhergesagt. Netanjahus Likud-Partei fusionierte mit der rechtsgerichteten Partei von Außenminister Avigdor Lieberman. Aber der Glaube des Premierministers, ganz einfach nur die bisherigen Stimmen für beide Parteien als künftiges Wahlergebnis hochrechnen zu können, ist ein Irrglaube. Denn Netanjahu laufen aufgeschreckt seine besten „Freunde“ davon, darunter der „vorzügliche“ Minister Mosche Kachlon. Der genießt hohe Popularität, weil er das Monopol der Telefongesellschaften zerbrochen hat. Da jeder Israeli über mindestens zwei Handys ununterbrochen redet, schuf er finanzielle Erleichterung für jeden. Sowie Kachlon ankündigte, mit eigener Partei antreten zu wollen, versprachen ihm telefonische Umfragen prompt zehn oder mehr Mandate. Doch im Parlament gibt es nur 120

Sitze und der Kuchen wird nicht größer, wenn ein Publikumsliebbling nach dem anderen glaubt, mit Gefolge in die Knesset einziehen zu können. Wie unpolitisch der Wahlkampf ist, zeigen Umfragen, wonach manche neue Kandidaten sich ihre Stimmen sowohl aus dem „rechten“ wie dem „linken“ Lager holen.

Ungewiss sind Entscheidungen von Zugpferden wie Zippi Livni, der ehemaligen Außenministerin und Parteichefin von Kadima, sowie des früheren Premierministers Ehud Olmert, der immer noch vor Gericht einen weiteren Korruptionsprozess aussitzen muss.

Nicht nur neue Parteien bringen alles durcheinander. Auch die bestehenden Parteien müssen sich auf die Schnelle bis Januar neu konstituieren. Um bei sicherheits- und außenpolitischen Fragen mitreden zu können, suchen einige Parteien verdiente Generäle a.D., während die Likud-Partei sich mit einem angesehenen Wirtschaftsprofessor schmückt, um bei sozialen Fragen überzeugender zu wirken.

Nicht Ideologie, politische Ausrichtung oder konkrete Vorstellungen über anstehende

Probleme sind Wahlkampfthema, sondern allein die personelle Besetzung führender Posten. Dabei spielen das Aussehen, das Auftreten im Fernsehen und ob Mann eher Frau sein sollte, eine größere Rolle als politische Konzepte gegen soziale Ungerechtigkeit, zum richtigen Vorgehen gegen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen oder gar zum Umgang mit dem iranischen Atomprogramm. Auffällig ist, dass die bisherige Einteilung in „rechts“ oder „links“, aufgehängt an der Haltung zu den Palästinensern, den Siedlungen oder dem „Friedensprozess“, überhaupt keine Rolle spielt. Da Verhandlungen seit Jahren auf Eis liegen und aus vielen Gründen keine Chance auf deren baldige Erneuerung besteht, entfachen die Palästinenser keinerlei wahlkampfperische Emotionen.

Weil die Umfragen ziemlich wertlos sind, muss geduldig bis zum Wahltag gewartet werden, um zu erkennen, wer den Staat Israel künftig lenken wird. Selbst wenn das Wahlergebnis für rund ein Dutzend Parteien steht, wäre noch keineswegs klar, welche Richtung die künftige Regierung einschlagen könnte. Denn der Wegfall ideologischer Debatten und der Standhaftigkeit bedeutet, dass die künftigen Posten der in jedem Fall notwendigen Koalitionsregierung mit einem bunten Sammelsurium rechter wie linker Politiker besetzt werden könnten. Auch das hat Tradition in Israel, wo immer schon Fromme in der Regierung sitzen, aber meist nur den Vorsitz des Finanzausschusses für sich beanspruchen. Und es sei daran erinnert, dass Netanjahu vor drei Jahren seine vermeintlich „rechtsnationale“ Regierung zusammen mit der „linken“ und „gemäßigten“ Arbeitspartei errichtete, deren damaliger Vorsitzender, Ehud Barak, bis heute Verteidigungsminister ist.

Gewiss ist nur, dass alle üblichen Klischees zu „Hardlinern“ und „Extremisten“ jeder Couleur heute weniger gelten als jemals zuvor. ||

100 Jahre Hadassah

Mitte Oktober wimmelte es in Jerusalems Innenstadt von Menschen mit roten T-Shirts, auf denen stand: „100 Jahre Hadassah – Zionistische Frauenorganisation Amerikas“. Mit dem Ton des Schofarhorns wurde die Konferenz zum Hundertjahrjubiläum auf dem Safraplatz vor dem Jerusalemer Rathaus eröffnet. Auch die drückende Hitze, bei der die Delegierten unter freiem Himmel saßen, konnte die Stimmung nicht dämpfen. || Krista Gerloff

Die waren begeistert“, erzählt ein deutscher Mitarbeiter, der eine Gruppe der „Hadassahfrauen“, wie sie sich auf Hebräisch nennen, durch das Krankenhaus geführt hatte: „Für die Leute, die ein Projekt unterstützen, ist es wichtig, dieses kennenzulernen. Für uns Mitarbeiter ist wichtig zu wissen, dass so jemand wie die Zionistische Frauenorganisation hinter uns steht.“

„Kein Jerusalemer kann sich seine Stadt heute ohne Hadassah-Krankenhaus vorstellen“, erklärte Bürgermeister Nir Barkat in seiner Festansprache. Ein Grundstein, auf dem die Einheit Jerusalems ruht, sei die Qualität der medizinischen Betreuung. „Was war Jerusalem vor 100 Jahren?“, fragte der Bürgermeister, um gleich selbst begeistert zu antworten: „Unsere kühnsten Träume wurden übertroffen.“

Greifbarer Beweis dafür war die Einweihung des hochmodernen neunzehn-stöckigen Krankenhausgebäudes in Ein Karem am selben Tag – des „Sarah Westman Davidson Towers“, des bislang umfangreichsten Projektes in der 100-jährigen Partnerschaft zwischen amerikanischen Zionistinnen und dem Staat Israel.

Angefangen hat das alles, als Henrietta Szold, Leiterin eines zionistischen Mädchenkreises aus Harlem in New York, 1909 Palästina bereiste. Sie war entsetzt über den Mangel an medizinischer Betreuung im Land. 1912 entschied die „Töchter Zions“ einen neuen Namen für ihre Organisation: „Hadassah“. Kurz darauf wurden die ersten beiden Krankenschwestern nach Palästina entsandt. In den folgenden Jahren wurden landesweit eine ganze Reihe von Krankenhäusern und Polikliniken aufgebaut, die nach der Gründung des Staates Israel der Regierung überlassen wurden – alle mit Ausnahme des Jerusalemer Krankenhauses.

„Wenn du die Kraft der Frau verstehen möchtest, sieh dir Hadassah an“, zitierte Israels Premierminister seinen Vater Benzion Netanjahu bei der Abschlussveranstaltung der Konferenz am 18. Oktober. „Solange ich Premierminister bin, wird die Diskriminierung von Frauen, wie sie in unseren Nachbarländern beobachtet werden kann, bei uns nicht toleriert“, meinte Benjamin Netanjahu und verwies stolz auf die sechs Pilotinnen der israelischen Flugwaffe: „In Israel haben Frauen das Land mit aufgebaut, und sie verteidigen es auch!“

Die weltgrößte Frauenorganisation verlieh dem israelischen Regierungschef den „Henrietta Szold Preis“ für seine „Gelassenheit unter Beschuss auf der Bühne der Welt“, „Kühnheit und Entschlossenheit beim Aufbau des Staates Israel“, für seinen „unerschütterlichen Zionismus“. Damit ehrte Hadassah das Wirken des „Friedensstifters“ Netanjahu in Israel und der Diaspora, seinen Einsatz für einen dauerhaften Status der Stadt Jerusalem und die Stärkung der israelisch-amerikanischen Beziehungen.



100-Jahr-Feier der Hadassah-Bewegung in Jerusalem

Bei dieser Gelegenheit wurde der 78 Opfer des Massakers an einem Konvoi von Hadassah am 13. April 1948 gedacht. Auf dem Weg zum Krankenhaus auf dem Skopusberg waren damals Fahrzeuge mit Ärzten, Krankenschwestern, Forschern, Bürokräften und Patienten von Arabern angegriffen worden. Die verantwortliche britische Armee hatte in keiner Weise eingegriffen, um den Verletzten zu helfen oder sie vor ihren Mördern zu schützen.

Hadassah nennt sich „Israels Partner fürs Leben“ und hat sich auch in schwierigen Zeiten an die Seite des Staates Israel gestellt. Besonders zu Zeiten des Kriegs und Terrors sind ihre Mitarbeiter gekommen, um Hilfe zu leisten. „Hinnen! – Hier bin ich!, hatten Abraham oder Samuel den Ruf Gottes beantwortet“, erklärte Marcie Natan, die Leiterin von Hadassah mehrfach. Hauptziel sei, Jerusalem zu bauen. Dabei „sind wir Mitarbeiter des Schöpfers. Deshalb gibt es keine Begrenzung dessen, was wir tun können!“ ||

Jüdisch-arabische Kooperation

Das Hadassah-Krankenhaus in Jerusalem steht beispielhaft für eine gelungene Kooperation zwischen Juden und Arabern. Es gilt als eines der fortschrittlichsten Versorgungszentren weltweit. Errichtet wurde es von der Zionistischen Frauenorganisation Hadassah. Über die internationale Zusammenarbeit und das 100-jährige Bestehen der Frauenbewegung hat Krista Gerloff mit der Hadassah-Sprecherin in Israel, Barbara Sofer, gesprochen.

Israelreport: Die gute Zusammenarbeit von Juden und Arabern in der Mitarbeiterschaft Ihres Krankenhauses ist allgemein bekannt. Haben Sie auch Mitarbeiter aus anderen Nationen?

Barbara Sofer: Viele unserer Ärzte und Krankenschwestern sind im Ausland geboren. Um in Hadassah arbeiten zu können, muss man natürlich bestimmte Qualifikationen vorweisen können und hier krankenversichert sein.

Mit wie vielen Ländern arbeiten Sie im medizinischen Bereich zusammen?

Von den 196 Staaten, die es in der Welt gibt, haben wir mit mehr als 100 Ländern formelle oder informelle Kontakte. In dieser Woche haben wir hier, zum Beispiel, eine ganze Abteilung schwedischer Augenärzte und ich persönlich habe eine junge Jordanierin überwiesen, die einen Hadassah Spezialisten braucht.

Im Hadassah-Krankenhaus werden alle Patienten unabhängig von ihrer Nationalität oder Religion behandelt. Können Sie Angaben darüber machen, wie groß der Prozentsatz Ihrer nichtjüdischen Patienten ist?

Es würde unseren ethischen Richtlinien widersprechen, Angaben über die religiöse Überzeugung unserer Patienten zu registrieren. Wir behandeln jeden. Ich schätze allerdings, dass etwa 25 Prozent unserer Patienten nichtjüdisch sind.

Hat Hadassah auch nichtjüdische Spender?

Die meisten unserer Sponsoren gehören zur Zionistischen Frauenorganisation Hadassah in Amerika. Aber wir haben tatsächlich auch andere Spender. Kürzlich haben wir eine Spende von der Internationalen Gesellschaft für Christen und Juden (International Fellowship of Christians and Jews) erhalten und es gibt großzügige Spender über Hadassah-International. Aus Deutschland haben uns bekannte Persönlichkeiten, wie etwa Regina Sixt oder Veronica Ferres, finanziell unterstützt. Und dann gibt es auch indirekte Spenden, wenn zum Beispiel die Toskana Herzoperationen für palästinensische Jugendliche finanziert.



Staatspräsident Schimon Peres und Hadassah-Leiterin Marcie Natan (oben), Hadassah-Krankenhaus in Jerusalem

Waren auch Vertreter aus Deutschland bei Ihrer Hundertjahrfeier in Jerusalem? Ich habe bei der Eröffnungszeremonie eine deutsche Fahne gesehen.

Ja, es gibt einen wachsenden deutschen Zweig von Hadassah-International.

Was war die wichtigste Botschaft von Staatspräsident Schimon Peres bei der Einweihung des neuen Krankenhauses?

Präsident Peres hat eine beeindruckende Rede gehalten über die langjährige Partnerschaft zwischen Hadassah

und dem Staat Israel, seit den schwierigen Anfängen bis heute. Er betonte, dass Hadassah ein echtes Beispiel für praktische Zusammenarbeit von Arabern und Juden ist, nicht nur leere Worte.

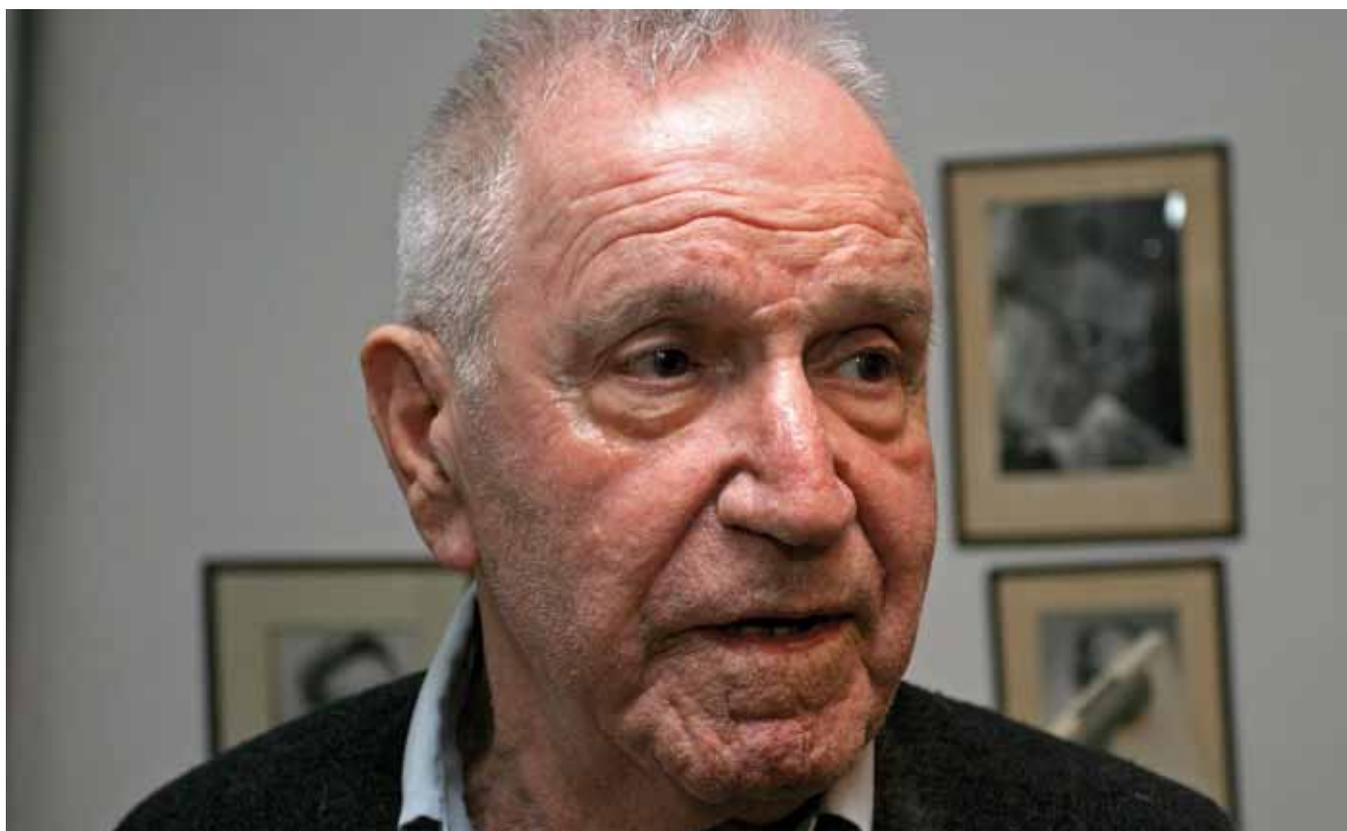
Was war für Sie der Höhepunkt dieser Konferenz zum 100-jährigen Jubiläum?

Ich habe selbst den Großteil des Konferenzprogramms geschrieben und mich gefreut, Tausende von Zuschauern zu sehen, die von unserer einzigartigen Geschichte berührt waren. ||

Zeitgeschichte

Mit Leib und Seele Israeli und Chirurg

Das Leben des Chirurgieprofessors Schmuël Nissan ist eng verwoben mit der Entstehungsgeschichte des jüdischen Staates. Wenn der hagere Mann aus seinem Leben erzählt, tauchen die Namen der Großen Israels im 20. Jahrhundert auf: Wingate, Ben-Gurion, Jadin, Ben-Zvi, Dajan – als Mitschüler, Kampfgefährten, Verwandte oder Freunde des Hauses. || Johannes Gerloff



Fotos: Johannes Gerloff

Schmuël Nissan: Das Leben des Chirurgieprofessors ist eng verwoben mit der Entstehung des jüdischen Staates

Mit einem Ruck reißt sich der Mittachziger aus dem zerklüfteten Sessel und zeigt auf ein eingerahmtes Dokument, die Unabhängigkeitsurkunde des Staates Israel: „Da hat mein Vater unterschrieben!“ – Avraham Katznelson. David Ben-Gurion hatte ihn und Jitzchak Ben-Zvi aus dem umkämpften Jerusalem mit dem Flugzeug zur Unabhängigkeitserklärung nach Tel Aviv holen lassen.

„Ich bin hier her gekommen, als meine Mutter im sechsten Monat mit mir schwanger war. Sie hat meinen Vater in Berlin gelassen, weil sie meinte: Mein Kind soll in Israel geboren werden!“ Wenige Monate später wurde er als Schmuël Katznelson in Jaffa geboren. „Ich erinnere mich noch gut an die kleinen Boote voll schreiender Araber, die den großen Überseedampfern entgegenfuhren, um Menschen und Waren an Land zu bringen.“

Später siedelte die junge Familie nach Jerusalem über. Schmuël erinnert sich, wie Beduinen zwischen den Häusern herumzogen und ihre Ziegen die Rosen in den Gärten abfraßen, oder wie Orde Wingate, der legendäre britische Offizier, der maßgeblich am Aufbau jüdischer Verteidigungsstreitkräfte beteiligt war, „zu uns nach Hause kam“. „Er war bescheiden, scheu, zurückhaltend“, erinnert sich Nissan an den gläubigen Christen, der „immer Pistole und Bibel trug“. Der Spross einer alten schottischen Familie betrachtete es als religiöse Pflicht, dem jüdischen Volk bei der Rückkehr in sein Land aktiv zu helfen.

Durch seinen Klassenkameraden Jigal Jadin, der 1949 zum Generalstabschef der israelischen Armee wurde, lernt Schmuël „den Umgang mit einem polnischen Maschinengewehr“ und viel über Archäologie. Anfang der 1960er-Jahre begleitet er ihn auf die Wüstenfestung Massada zu Ausgrabungen. „In der Sy-

nagoge haben wir Schriftrollen entdeckt. Mit großen Augen sah ich, wie ein Neueinwanderer aus dem Jemen eine der uralten Buchrollen vorlas“ – es war der Psalm 124. In derselben Zeit wurden dort auch die Kapitel 36 und 37 aus dem Buch des Propheten Hesekiel gefunden: Die Vision von der Erneuerung des Volkes Israel und der Auferweckung des Feldes von Totengebeinen.

1942 meldet Nissan sich bei der britischen Armee – und kommt in den darauf folgenden vier Jahren als Soldat der jüdischen Brigade über Nordafrika und Italien bis nach Österreich. Besonders eingepägt haben sich dem jungen Juden aus Palästina die Überlebenden der deutschen Konzentrationslager – und dann die Frage, warum die Alliierten nicht die Bahnlinien nach Auschwitz bombardiert haben, um dem Völkermord der Nazis Einhalt zu gebieten.

„Von Dr. Mordiner, dem Direktor meiner Schule, hatte ich zum Abitur eine Bibel bekommen“, erzählt Professor Nissan aus dieser Zeit. „In Ismailia in Ägypten ging ich in einen Fotoladen und verlangte eine Fototasche.“ „Was kostet die?“, fragte ich den arabischen Händler. „Zehn Guineen!“ war die Antwort, worauf ich konterte: „Schämst du dich nicht! Das ist ein heiliges Buch!“ Sofort lenkte er ein: „Guinea wachad“ – „Gib mir eine Guinea!“ Nissan erhebt sich und holt das alte, ihm so teure Buch: „Sieh, wie es in die Hülle passt, wie angegossen.“

Mit der Bibel in der Hand erinnert sich der alte Mann: „In Rom bin ich mit dieser Bibel unter dem Titusbogen durch gegangen, auf dem die Niederlage meines Volks dargestellt ist... Und jetzt stehen wir hier, jüdische Soldaten unter dem Davidsstern... Wir sind zurückgekehrt, nach Rom und nach Jerusalem, mit der Bibel.“ Die jüdische Gemeinde in Rom hatte einen Club für jüdische Soldaten eröffnet und Buchzeichen aus Seide gemacht. Nissan schlägt das Buch auf und zeigt das Buchzeichen mit einer Menorah, dem siebenarmigen Leuchter.

In die Zeit unmittelbar vor der Gründung des Staates Israel fällt ein Ereignis, das für Schmuël Nissan persönlich besonders traumatisch war: Am 13. April 1948 werden bei einem arabischen Angriff auf einen Konvoi des Hadassah-Krankenhauses in Scheich Dscharah unmittelbar unterhalb des Skopusberges in Jerusalem 79 jüdische Ärzte und Krankenschwestern ermordet. Nissan kannte mehrere der Ermordeten persönlich, besonders gut aber eine Studentin: Ester Birnbaum, von allen nur „Emmi“ genannt. Ihr Großvater hatte sie von Wien nach Jerusalem geschickt, ihre „ganze Familie blieb in Auschwitz. Sie studierte Medizin“, erinnert sich Nissan. „Wir hatten uns verliebt und wollten im Sommer heiraten.“

Als die Nachricht vom dem Massaker die Runde macht, fragt Nissan: „Gibt es Gefangene?“ Während des Erzählens steht der alte Mann wieder auf, geht ans Regal, zieht einen vergilbten Ordner heraus und blättert: „Sieh hier, das ist Ester, das ihr Diploma...“ Schmuël brachte die Bilder seiner Verlobten zum Internationalen Roten Kreuz, um zwei Wochen später die Nachricht zu erhalten: Auf arabischer Seite wurden keine Gefangenen gemacht. Nissan hat Mühe beim Erzählen, immer wieder bricht ihm die Stimme. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer von Scheich Dscharah wurde nie identifiziert.

Als „Keitzzy“ nimmt er am Unabhängigkeitskampf seines Volkes teil und lernt beim Aufbau eines Feldlazaretts im ehemaligen Krankenhaus der Kaiserswerther Diakonissen in Jerusalem seine Frau, Jael, kennen. „Das war 1948“, bemerkt er liebevoll in ihre Richtung, und „jetzt sind wir 62 Jahre zusammen.“

Am Vorabend der Unabhängigkeitserklärung Israels wird der jüdische Siedlungsblock Gusch Etzion südlich von Bethle-

hem von arabischen Irregulären erobert. Das Massaker überleben nur drei Männer und eine Frau. Mit diesem historischen Ereignis verbindet den Chirurgen Schmuël Nissan ein besonderes Erlebnis: Jahre später operiert er im Hadassah-Krankenhaus einen palästinensischen Christen, den stellvertretenden Bürgermeister von Bethlehem. „Heute kann ich das erzählen, weil er längst gestorben ist“, sinnierte der Arzt: „Er war Kommandeur der Irregulären, die allen jüdischen Kämpfern befahlen, sich wie um ein Bild aufzunehmen aufzustellen – darunter war mein Freund Dani Mas. Dann haben sie alle niedergeschossen...“



Diese Bibel bekam Schmuël Nissan zum Abitur geschenkt

Ein oder zwei Monate nach der erfolgreichen Operation kommt der Palästinenser zurück, um sich zu bedanken. „Er führt mich zu seinem Auto“, erinnert sich Nissan, „und nimmt aus dem Kofferraum einen Plastikbeutel mit einem silbernen Chanukkaleuchter, an dem noch Wachsreste kleben. – Ich wusste, dass dieser Leuchter in den Gusch gehört“, erklärt Nissan. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach den traumatischen Ereignissen zittert noch immer seine Stimme. Er bringt die Kriegsbeute zurück, „ohne dass ein Journalist davon erfährt. Ich wollte den Araber nicht in Gefahr bringen“. Heute leben im Gusch Etzion mehr als 63.000 Israelis. Die Chanukkia steht im Museum in Kfar Etzion.

1955 heiratet Schmuël seine Jael in Stockholm, wo Vater Katznelson als erster Botschafter Israels für die fünf skandinavischen Länder dient. Für diesen Auslandsauftrag verändert Vater „Katznelson“ den Namen, der von „Katz“ abgeleitet ist und als Abkürzung von „Kohen Zedek“ („Gerechter Priester“) auf die Abstammung der Familie aus dem alten israelitischen Priestergeschlecht deutet, in „Nissan“. „Nissan“ war ein häufiger Vorname unter meinen Vorfahren“, erklärt der Professor, „und ich habe den Namen mit meinem Vater geändert, weil ich so auch einen Diplomatenpass bekam“.

Nach dem Krieg arbeitet Schmuël Nissan in Amerika und wird Professor für Kinderchirurgie am Hadassah-Krankenhaus. In seinen letzten Lebensjahren widmete er sich der Erforschung der Geschichte der Medizin im Heiligen Land. Im Februar 2011 stellt er sein Buch über den Kinderchirurgen Max Sandreczky vor, der 1872 das erste Kinderkrankenhaus in Jerusalem gegründet hatte, das „Marienstift“. Durch den Einsatz Professor Nissans und seiner Freunde blieb das historische Gebäude in der Prophetenstraße 29 erhalten und dient heute Kindern aus der arabischen Welt, die in Israel medizinische Hilfe erfahren. Anfang Juli 2012 starb Professor Schmuël Nissan im Alter von 87 Jahren. Zwei Wochen später folgte ihm seine Frau Jael. ||

Ende der Demokratie?

Mit dem Siedlungsbau hat sich Israel von seinen demokratischen Idealen verabschiedet. Diese Ansicht vertritt der jüdisch-orthodoxe Journalist Gershon Gorenberg in seinem Buch „Israel schafft sich ab“. Der Israeli hat dabei vor allem die strenggläubigen Juden im Visier. || Elisabeth Hausen

Gorenberg skizziert die Entwicklung der Siedlungen von der Mandatszeit an, als wäre sie auf lineare Weise vor sich gegangen: „Der Siedlungsbau war ein zionistischer Wert, insbesondere einer der zionistischen Linken.“ Nach dem Sechstagekrieg 1967 hätten die religiösen Juden diesen Wert für sich übernommen, weil sie eine Möglichkeit witterten, einem „Groß-Israel“ näher zu kommen. Durch die Euphorie habe sich Israel von seinem demokratischen Ideal zurückgezogen. Deshalb seien die Siedlungsblöcke entstanden, unterstützt von den israelischen Regierungen. Ihnen wiederum wirft er vor, durch die Bebaupolitik bewusst Keile in das palästinensische Land zu treiben, damit am Ende ein zerstückeltes arabisches Gebiet übrig bleibe und eine Zweistaatenlösung unmöglich werde. Wie passt nun der israelische Abzug aus dem Gazastreifen unter Ariel Scharon in dieses Bild? „Mit der Räumung von 9.000 Gazasiedlern – und dann noch von 600 Einwohnern aus vier winzigen, isolierten Gemeinden in der nördlichen Westbank – beabsichtigte Scharon, das Siedlungsprojekt als Ganzes zu schützen.“ Dass es bis heute viele konstruktive Beziehungen zwischen Siedlungen und benachbarten palästinensischen Ortschaften gibt, ist dem 1977 aus Kalifornien eingewanderten Israeli offenbar entgangen. Und der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen, der sich nach dem Rückzug deutlich gesteigert hat, spielt in seinen Überlegungen ebenfalls keine Rolle. Überhaupt hält er den Terror gegen Israelis – ob mit oder ohne Siedlungen – offenbar für nebensächlich.

Umso ausführlicher bringt der Journalist Beispiele, wie sich israelische Bürger oder der Staat angeblich unrechtmäßig palästinensisches Land angeeignet hätten. Ebenso prangert er Situationen an, in denen arabische Staatsbürger anders behandelt würden als jüdische. Der Einfluss der Ultraorthodoxen, die er als ab-



Foto: Johannes Gerloff

Gorenbergs Gesinnungsgenossen: Aktivisten der Organisation „Schalom Achschaw“ (Frieden jetzt) demonstrieren gegen Siedlungen

geschottete Gemeinschaft mit eigenem Schulsystem ohne grundlegende Allgemeinbildung beschreibt, ist dem orthodoxen Juden ein Dorn im Auge.

Wie so viele Autoren sucht Gorenberg nach einer Lösung für den Nahostkonflikt. Allerdings bezeichnet er sein Streben als Suche nach einer Möglichkeit, den Staat Israel wieder demokratisch zu machen. Er hält drei Veränderungen für erforderlich: ein Ende von Siedlungsbau und Besatzung, eine Trennung von Staat und Religion sowie die Gleichberechtigung aller Bürger. Dabei müsse Israel in jedem Fall Land an die Araber zurückgeben. Ob sich die Palästinenser untereinander einigen, vom Terror absehen und einen funktionierenden Staat gründen, sei hierfür ohne Belang. Doch muss er einräumen, dass Kompromisse nötig seien. Und dass er keine vollständige politische Konzeption im Kopf habe. So sieht er es „für die absehbare Zukunft“ als vernünftig an, „die Araber von der Wehrpflicht auszunehmen und die Armee unter jüdischer Hegemonie zu belassen“. Auch das von palästinensischer Seite geforderte allgemeine Rückkehr-

recht für die Flüchtlinge von 1948 und deren Nachkommen lehnt er ab.

Bemerkenswert: Das Buch ist nicht auf Hebräisch erschienen, sondern unter dem englischen Titel „The Unmaking of Israel“ (Israels Abschaffung). Das israelische Wirtschaftsmagazin „Globes“ betitelte im November 2011 seinen Beitrag über die Abhandlung denn auch: „Neues Buch in den USA: Israel ist grausam und die Besatzung ewig“. Die Internetzeitung stellte fest: „Der Autor, der Israeli Gershon Gorenberg, behauptet, selbst wenn die Araber ihren Teil zur Entstehung des Siedlungsproblems beigetragen hätten, müssten die Juden es lösen.“ Und das ist in der Tat eine einseitige Vorstellung. ||



Gershon Gorenberg, „Israel schafft sich ab“, Campus, 316 Seiten, 19,99 Euro, EAN 9783593397245

Meldungen

Pappfahrrad: Technologie der Zukunft?

Der Israeli Itzhar Gafni hat ein Fahrrad erfunden, das nahezu komplett aus Pappe besteht. Es ist genauso verkehrstüchtig wie ein normales Rad – kostet aber fast nichts. Anfang November stellte er seine Erfindung auf der Messe „ThinkNext“ von Microsoft Israel in Tel Aviv vor. Das wasserfeste Rad besteht fast vollständig aus recyceltem Pappkarton. Nur die Reifen seien aus

Gummi und der Sattel aus recycelten Plastikflaschen, berichtet die israelische Tageszeitung „Times of Israel“. Um die Pappe stabil zu machen, bediente sich Gafni einer bestimmten Papierfalttechnik, des Origami. Anschließend unterzog er das Material einer Spezialbehandlung, damit es sich für den Alltagsgebrauch eignet. Die Pappe werde dadurch so strapazierfähig wie Metall

oder Stahl. Da die Produktionskosten für das Rad umgerechnet nur rund sieben Euro betragen, bietet sich das Material vor allem für die Verwendung in Schwellenländern an. Gafni und sein Teilhaber Nimrod Elmisch verhandeln bereits mit einer Organisation in Afrika. Dort sollten dann nicht nur Pappfahrräder entstehen, sondern auch Rollstühle aus Pappe. || **Swanhild Zacharias**

Rabin und Netanjahu im Vergleich

Am 4. November 1995 wurde der israelische Premier Jitzhak Rabin in Tel Aviv von dem Israeli Jigal Amir ermordet. Einen Monat vor seinem Tod hatte Rabin der Knesset das dritte Interimsabkommen mit den Palästinensern vorgelegt. Heute, wo die Friedensverhandlungen schon seit drei Jahren ruhen, lohnt ein Vergleich der Standpunkte Rabins und der jetzigen Regierung Israels. So werfen beispielsweise die Palästinenser und die Europäer Premier Benjamin Netanjahu vor, wegen des Ausbaus der Siedlungen eine Zwei-Staaten-Lösung und damit einen Frieden unmöglich zu machen. Rabin sagte vor 17 Jahren: „Im Rahmen der permanenten Lösung streben wir einen Staat Israel als jüdischen Staat an, in dem mindestens 80 Prozent der Bürger Juden sind.“ Ne-



Jitzhak Rabin mit Bill Clinton und Jasser Arafat

Foto: Israel Defense Forces/flickr

tanjahu spricht heute vom „Staat des jüdischen Volkes“. Rabin sah eine „dauerhafte Lösung im Rahmen des Staates Israel“ voraus, wobei es neben Israel eine „palästinensische Entität“ geben sollte, die „weniger als ein Staat“ sein werde. Damit blieb er weit hinter Netanjahu zu-

rück, der sich zu einem „entmilitarisierten palästinensischen Staat“ bekannt hat. Rabin schloss einen vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten aus und sah Jerusalem komplett bei Israel bleiben. Großsiedlungen wie Ma'aleh Adumim würden laut Rabin in jedem Fall bei Israel bleiben. Rabin betonte: „Wir (Arafat und Rabin) kamen zur Vereinbarung, keine einzige Siedlung zu entwurzeln und die Bautätigkeit für das natürliche Wachstum (der Siedlungen) nicht zu behindern.“ Dies zeigt, dass selbst Arafat damals die Siedlungen nicht für illegal hielt. Rabin war seinerzeit zu weniger Konzessionen an die Palästinenser bereit als seine Nachfolger, die rechtsgerichteten Premierminister Ariel Scharon, Ehud Olmert und Netanjahu. || **Ulrich W. Sahn**

Anzeige



Israelnetz-Kalender 2013 nur 8,90 Euro

Für das Jahr 2013 hat die Israelnetz-Redaktion für Sie wieder eine Auswahl von interessanten Fotos aus dem Heiligen Land zusammengestellt. Die Motive beschäftigen sich diesmal mit dem Schwerpunktthema „Licht“.

Der Israelnetz-Wandkalender hat ein Format von 48x34 cm, ist auf hochwertigem Papier gedruckt und exklusiv bei Israelnetz für 8,90 € zzgl. Versandkosten erhältlich.

Bestellen Sie Ihr persönliches Exemplar per **Telefon (06441) 915 151, Telefax (06441) 915 157** oder im Internet: **www.israelnetz.com**.



Debatte über Islamophobie

Nach vorherrschender Sicht islamischer Gelehrter gibt es an der Wahrheit des Islam und der Vollkommenheit seiner Bestimmungen keinen Zweifel. Wer dennoch Kritik übt oder sich als Muslim vom islamischen Glauben abwendet, leidet demnach unter Islamophobie, einer krankhaften und unbegründeten Angst vor dem Islam. Muslimische Organisationen fordern im Namen der Menschenrechte und des Kampfes gegen Rassismus Gesetze gegen diese Angst – weltweit. Viele Politiker und Journalisten im Westen fallen auf diese Argumentation herein und schaden damit vor allem den Muslimen, die sich wirklich integrieren wollen. || Carsten Polanz

In seiner Streitschrift „Die Panikmacher – die deutsche Angst vor dem Islam“ wirft Patrick Bahners, der Feuilleton-Chef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), bekannten Islamkritikern wie der deutsch-türkischen Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek, dem jüdischen Publizisten Henryk M. Broder und der aus Somalia stammenden niederländischen Politikwissenschaftlerin und Frauenrechtlerin Ayaan Hirsi Ali eine fremdenfeindliche Stimmungsmache und eine „Kultur der Intoleranz“ vor. Die Angegriffenen wiederum wehren sich. Broder hält Bahners' Streitschrift für „heiße Luft“ und spricht von der „Angst des Intellektuellen vor der Wirklichkeit“. Bahners vertausche Ursache und Wirkung und flirte „mit totalitären Ideen“. Auch „Spiegel“-Redakteur Matthias Matussek regt sich darüber auf, dass Bahners „aus dem gepolsterten Sessel eines Feuilletonisten heraus einer Frau wie Hirsi Ali mit ihrer Leidensgeschichte die leidenschaftliche Absage an jene Religion [vorwerfe], die sie verkrüppelt“ habe.

Gefährliche Ignoranz

Das Problem bei Bahners und anderen Kritikern der Islamkritik ist tatsächlich die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem real existierenden Islam – insbesondere in den Ländern, in denen Muslime die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die bis heute vorherrschende Auslegung der islamischen Quellen schließt eine Trennung von Staat und Religion und auch eine Gleichberechtigung von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau aus. Kritik an den islamischen Quellen und dem Vorbild Muhammads wird mit dem Tod bedroht.

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam von 1990 steht nicht die



Patrick Bahners

unantastbare Würde des Menschen an der Spitze, sondern die Scharia. Laut Artikel 1 ist die gesamte Menschheitsfamilie durch ihre Unterordnung unter Allah vereint, der „wahrhafte Glaube die Garantie für das Erlangen solcher Würde“. Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2c und 2d) wird nur im Rahmen der Scharia garantiert, die Todesstrafe bei Abfall vom Glauben und die Steinigung bei Ehebruch damit indirekt legitimiert. Auch die Meinungsäußerung steht unter Schariavorbehalt und darf wie die Informationsfreiheit nicht dazu missbraucht werden, „die Heiligkeit und Würde der Propheten zu verletzen, die moralischen und ethischen Werte auszuhöhlen und die Gesellschaft zu entzweien, sie zu korrumpieren, ihr zu schaden oder ihren Glauben zu schwächen“ (Art. 22a-c).

Die übliche beschwichtigende Reaktion auf diesen totalitären Scharia-Islam in Politik und Medien, es gebe halt in jeder Religion Fundamentalisten und Extremisten, die den Glauben für ihre persönlichen oder politischen Zwecke instrumentalisieren würden, überzeugt hier

nicht wirklich. Die Kairoer Erklärung ist nicht von Al-Qaida, sondern von 45 Außenministern der Organisation für islamische Zusammenarbeit – damals Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) – verfasst worden. Die OIC umfasst heute 57 Staaten und ist – nach der UNO – die zweitgrößte zwischenstaatliche Organisation der Welt. Die meisten Merkmale, mit denen Sicherheitsbehörden hierzulande den Islamismus definieren, sind in der renommierten Al-Azhar Universität in Kairo und anderen einflussreichen theologischen Institutionen der islamischen Welt selbstverständlicher Teil der Lehre. Über die konservativen islamischen Dachverbände und internationale Netzwerke wie die Muslimbruderschaft transportieren OIC-Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien, Pakistan und Iran ihre Überzeugung von der Überordnung der Scharia über alle von Menschen gemachten Gesetze in westliche Moscheen und Koranschulen. Die Angst vor diesem Islam ist weder krankhaft noch unbegründet und seine entschiedene Zurückweisung dringend notwendig.

Einschüchterung durch die Rassismus-Keule

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die OIC sich bemüht, auch auf internationaler Ebene die Thematisierung schariabezogener Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden. Sie will insbesondere die Glaubens- und die Meinungsfreiheit nach islamischen Kriterien neu definieren und jegliche Kritik am Islam in und außerhalb ihrer Länder kriminalisieren. In ihrem Zehnjahresplan von 2005 fordert sie weltweit entsprechende Gesetze mit abschreckenden Strafen. Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

hat in den letzten Jahren ausgerechnet Pakistan – ein Land, in dem ständig mithilfe des Blasphemie-Gesetzes religiöse Minderheiten und oppositionelle Politiker eingeschüchtert und verfolgt werden – im Namen der OIC wiederholt Resolutionen gegen die Diffamierung von Religionen eingebracht und unter anderem mit den Stimmen Kubas und Chinas durchgesetzt.

Um ihrer Forderung Geltung zu verschaffen, setzt die OIC Kritik am Islam kurzerhand mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gleich und deutet jede (auch innerislamische) Kritik an den islamischen Quellen als Verletzung der religiösen Gefühle von Muslimen. Damit pervertiert sie die ursprüngliche Absicht der UNO-Menschenrechtserklärung – nämlich Menschen in der Ausübung ihrer Religionsfreiheit und nicht Religionen oder Ideologien als solche zu schützen. Nachdem im Juli 2011 ein unabhängiges Expertengremium des Menschenrechtsrates auf die Unvereinbarkeit von Blasphemiegesetzen mit universalen Menschenrechtsstandards hingewiesen hat, ist der Rückhalt bei nicht-islamischen Staaten für die ursprüngliche Form der Resolution zurückgegangen.

Frieden und Dialog nach saudischer Lesart

Vor allem die einseitige Fixierung auf die eigene Religion verdeutlicht, dass es den Verantwortlichen der OIC eher um die Durchsetzung ihrer Ideologie als um den Schutz allgemeiner Menschenrechte geht. Im Resolutionstext werden namentlich ausschließlich der Islam und die Muslime als Opfer einer negativen Darstellung – vor allem in den Medien – erwähnt. Die massenhafte Verleumdung, Diskriminierung und Verfolgung von Christen oder auch von Anhängern der Bahai oder der Ahmadijja in vielen OIC-Staaten bleibt unerwähnt.

Dass vor allem Saudi-Arabien, wo die OIC ihren Hauptsitz hat, keineswegs muslimischen Respekt und Verständnis gegenüber Christen und Juden im eigenen Land fördern will, zeigen Auszüge aus einem vom saudischen Bildungsministerium veröffentlichten Schulbuch für die achte Klasse: „Die Affen sind die Leute des Sabbats, die Juden; und die Schweine sind die Ungläubigen der Gemeinschaft von Jesus, die Christen.“ Im März dieses Jahres rief der saudische Großmufti Abdul-Asis Bin Abdullah in



OIC-Gipfel in Mekka – die Organisation setzt Islamkritik mit Rassismus gleich

einem Rechtsgutachten zur Zerstörung aller Kirchen auf der Arabischen Halbinsel auf und berief sich dabei auf eine islamische Überlieferung, nach der Muhammad auf dem Sterbebett erklärt haben soll, dass es in Arabien keine zwei Religionen gleichzeitig geben dürfe.

Trotzdem hat der österreichische Nationalrat im Juli diesen Jahres grünes Licht für ein „König Abdullah Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ in Wien gegeben, das sich laut dem saudischen Außenminister Saud al-Faisal unter anderem für die weltweite Förderung der Religionsfreiheit einsetzen will. Trotz aller Kritik an ihrer Entscheidung wertet die SPÖ das allgemeine Bekenntnis zu Menschenrechten und Religionsfreiheit in der Gründungsvereinbarung als „Hoffnungszeichen“. Es gebe keine Alternative zum Dialog.

Kapitulation vor der Gewaltlogik

Immer wieder kapitulieren führende Politiker vor einer zunehmenden Islamisierung und ignorieren die langfristigen Ziele der Islamisten, die sich auf dem Weg von der beherrschten Minderheit zur herrschenden Mehrheit sehen. So wollte beispielsweise der NRW-Innenminister Ralf Jäger in Reaktion auf salafistische Gewalt das Zeigen islamkritischer Karikaturen verbieten. Die Wiener EU-Behörde „European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia“ wollte 2003 eine Studie zum wachsenden Antisemitismus

in Europa, nach der antisemitisches Verhalten besonders unter arabischen Jugendlichen in europäischen Großstädten zunimmt, aus Angst vor wachsender Islamophobie unter Verschluss halten. Mit derartigen Deeskalationsstrategien vermittelt man den Islamisten die Botschaft, dass sie nur militant genug auftreten müssen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Aufgrund fehlender kritischer Reflexion oder auch aus Sorge um die eigene Macht oder persönliche Sicherheit, übernimmt man die Argumentation führender Vertreter in den islamischen Dachverbänden, die einerseits jede Gewalt als unislamisch verurteilen, andererseits aber eine besondere Rücksicht auf die religiösen Gefühle von Muslimen oder gar Gesetze gegen Islamophobie fordern, um zukünftigen Gewaltausbrüchen vorzubeugen. Fernsehsender wie die BBC nehmen aus Angst vor gewaltsamen Protesten emotionaler Muslime mit Blick auf den Islam eine Selbstzensur vor. Die rechtliche Frage, ob die Karikaturen eines Kurt Westergaard oder der islamkritische Film „Innocence of Muslims“ unter den Schutz der Meinungsfreiheit fallen, rückt in den Hintergrund. Die Gewalttäter werden zu Opfern, die man vor Kritik schützen muss. Damit aber spielen diese Politiker und Journalisten den Islamisten in die Hände, für die die Durchsetzung der Scharia-Normen und das Verbot jeglicher Islamkritik Voraussetzung für den gesellschaftlichen Frieden sind – sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene. ||

SCHECHINGER Tours

Reisen mit Schechinger-Tours -
wir laden herzlich ein!

**Israel-Sonderreise
in den Faschingsferien**
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 10.02.2013 – 17.02.2013

Israel-Frühlingsreise
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 18.02.2013 – 25.02.2013

Israel-Osterreise
Mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 31.03.2013 – 11.04.2013

Israel-Erlebnisreise
Mit Evangelist Willi Buchwald (Helmenzen)
und Manfred Weßler (Dierdorf)
vom 05.04.2013 – 14.04.2013

**Israel-Sonderreise
„Israel, mehr als Orangen“**
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck),
sowie teilweise mit dabei: Doron Schneider
(Ma'ale Adumim/Israel)
vom 14.04.2013 – 24.04.2013

Israel-Festreise-Pfingsten
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 19.05.2013 – 31.05.2013

**Israel-Erlebnisreise
„Wüste, Meer und mehr“**
Mit Klaus Eberwein (Bibel-Center Breckerfeld),
Markus Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
und Dorothee Black (Ma'ale Adumim/Israel)
vom 28.07.2013 – 07.08.2013

**Israel Kur- und Erholungsreise zum
Toten Meer**
Mit Georg und Elisabeth Terner (Bad Liebenzell)
Vom 16.09.2013 – 30.09.2013

Israel-Inforeise
Für Pfarrer, Gruppenplaner und Verantwortliche.
Zur Planung einer eigenen Gruppenreise nach Israel.
vom 28.01.2013 – 04.02.2013

Bitte fordern Sie unsere Reiseprospekte kostenlos an!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger
Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de

In eigener Sache

Neue Redaktionsleitung

Dana Nowak ist seit dem 1. Oktober Redaktionsleiterin der Israelarbeit des Christlichen Medienverbundes KEP. Sie ist damit verantwortlich für den Israelreport und das Internetportal www.israelnetz.com. Beide Medien sind der 34-Jährigen bestens vertraut – bereits seit mehr



Foto: Israelnetz

als elf Jahren ist sie für den Christlichen Medienverbund tätig. Nach einer Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten arbeitete Dana Nowak für ein Jahr in einem Seniorenheim im israelischen Kfar Saba als freiwillige Helferin. Nach ihrer Rückkehr sammelte sie erste journalistische Erfahrungen durch ein Praktikum beim Christlichen Medienverbund KEP und begann dort im Jahr 2001 ein zweijähriges Volontariat zur Redakteurin. Seit dessen Ende ist sie beim Christlichen Medienverbund angestellt. Schwerpunkt ihrer Arbeit war dabei die Berichterstattung auf www.israelnetz.com und in der Zeitschrift Israelreport. Über ihre neue Aufgabe sagte sie: „Ich freue mich, mit tollen Kollegen Israelnetz und den Israelreport weiterzuentwickeln. Dabei wollen wir nicht nur die Qualität unserer Berichterstattung ständig verbessern, sondern uns auch den Herausforderungen und Möglichkeiten neuer Medien stellen.“ ||

Neue Mitarbeiterin in Jerusalem

Mirjam Holmer wird ab dem 1. Dezember als neue Mitarbeiterin zunächst in Wetzlar einsteigen, um dann mit dem Nahostkorrespondenten Johannes Gerloff in Israel zusammenzuarbeiten. Die Pfarrerstochter hat in Berlin, Damaskus, Hamburg und Jerusalem Islamwissenschaften studiert. Zwischen Abitur und Studium hat sie ein Jahr mit Behinderten in Nordisrael gearbeitet. „Dass ich einmal Arabisch und Hebräisch als Leidenschaft entdecken würde, hätte ich mir damals nicht träumen lassen“, erzählt Mirjam Holmer: „Im Studium habe ich mich mit der Geschichte, Kultur und den Völkern der arabisch-islamischen Welt auseinandergesetzt. Nun bin ich froh, dieses Wissen für den Christlichen Medienverbund KEP einsetzen zu dürfen.“ ||



Foto: Israelnetz

Zion – freue dich?



Es ist das Adventslied der Deutschen, der evangelischen Deutschen vor allem: „Tochter Zion, freue dich!“ Ein verständlicher Text verbindet sich mit einer eingängigen Melodie zu einem fröhlich-festlichen Gesang. Er gehört zur Vorweihnachtszeit wie das Leuchten der Kerzen und der Duft von Tannenzweigen. || Egmond Prill

Ob Chorgesang im Gottesdienst oder instrumentale Konserve auf dem Weihnachtsmarkt – „Tochter Zion“ ist allgegenwärtig. Um 1825 entstanden, folgt das Lied einer Musik von Georg Friedrich Händel. Der Text stammt von Pfarrer Friedrich Heinrich Ranke.

Tochter Zion, freue dich,
Jauchze laut. Jerusalem!
Sieh, dein König kommt zu dir,
Ja, er kommt, der Friedensfürst.
Tochter Zion, freue dich,
Jauchze laut. Jerusalem!

Hosianna, Davids Sohn,
Sei gesegnet deinem Volk!
Gründe nun dein ewig Reich,
Hosianna in der Höh!
Hosianna, Davids Sohn,
Sei gesegnet deinem Volk.

Dieser Text bezieht sich auf den Propheten Sacharja, der schreibt: „Du, Tochter Zion, freue dich sehr, und du, Tochter Jerusalem, jauchze! Siehe, dein König kommt zu dir, ein Gerechter und ein Helfer, arm und reitet auf einem Esel, auf einem Füllen der Eselin.“ (Sacharja 9,9)

Von Zion „gereinigte“ Lieder

Das ist die neue Botschaft nach Krieg, Krisen und der Katastrophe der Verschleppung vieler Juden nach Babylon: Jerusalem darf jubeln, Zion kann sich freuen. Denn der Retter kommt, der aus dem Stamm Davids, der Israel sammeln soll und zum Licht der Heiden werden wird. „Sieh, dein König kommt!“ Er kommt zum Zion. Das ist purer Zionismus. Und ist immer wieder der Aufreger. In der Diktatur der Nationalsozialisten war für das „neue“ Deutschland alles „jüdische“ nicht zum Zeitgeist passend. „Jerusalem“ war schwierig und „Zion“ ging gar nicht. Allerhand Liedtexte wurden

geändert, zur neuen Ideologie hin „gereinigt“ und von zu viel Judentum „befreit“. Bereits 1933 erschien eine Untersuchung „Über alttestamentliche Bezugnahmen im evangelischen Gesangbuch und ihre Beseitigung“ (Wilhelm Caspari. Monatschrift für Gottesdienst und kirchliche Kunst, H. 7, 169-179). In den Jahrzehnten der Herrschaft der Realsozialisten in der „DDR“ wurden Liedtexte gleich komplett geändert und ersetzt. Das Fest zur Geburt Christi wurde zum „Fest des Lichtes“ und der Engel zum „Jahresendflügler“. Es passten weder alttestamentliche Bezüge noch die neutestamentliche Botschaft. Bibel und Glaube waren für die Gottlosen aller Diktaturen ein Stein des Anstoßes.

„Zion“ ist es bis heute, zumindest wenn es um „Zionismus“ und „Zionisten“ geht. Die Gemeinschaft der (Heiden-)Völker hatte Jahrzehnte ganz offiziell Zionismus als Rassismus gebrandmarkt. 1975 wurde von der UN-Vollversammlung in der Resolution 3379 der Zionismus verurteilt. 72 Staaten stimmten damals dafür, 35 Staaten stimmten dagegen, 32 enthielten sich der Stimme. Erst Ende 1991 wurde die Resolution von der UN-Generalversammlung mit 111 zu 25 Stimmen bei 13 Enthaltungen für nicht gültig erklärt.

Von Zion geprägte „Rechte“?

Doch „Zion“ ist ein Ärgernis geblieben. Israel ist bleibend das Problem für die Welt, so die Meinung der Welt. Warum eigentlich? Es geht kaum um Land. Der Staat Israel ist ein Mini-Gebiet. Es geht nicht um Bodenschätze. Israel hat „Milch und Honig“, aber kein Gold, kein Eisen, kein Öl. Jedoch hat Israel einen Gott, der auf dem Zion wohnt. Noch mehr: Er will sein Volk sammeln und er „will sie heimbringen, dass sie in Jerusalem wohnen“ (Sacharja 8,8). Politisch korrekt ist das nicht.

Denn Menschen, die nach Jerusalem und nach Israel kommen, brauchen Wohnungen und ganze Siedlungen. Zionisten machen die Wüste grün, bebauen das öde Land, legen Straßen und Städte an. Sind darum Zionisten „rechts“ und „christliche Zionisten“ rechts und damit gefährlich? Weil der Gott Israels sein Volk heimbringt, ist Israel gefährlich für den Weltfrieden? So urteilt zumindest Günter Grass samt sozialistischer Sympathisanten. Deshalb lässt auch ein Kirchenpapier zum „Gelobten Land“ aufhorchen. Die verfasste Kirche sollte nicht schon wieder dem Zeitgeist folgen. Sacharja schreibt davon, dass Gott auf den Zion zurückkehren will. „So spricht der Herr: Ich kehre wieder auf den Zion zurück und will zu Jerusalem wohnen.“ Damit ist ER der Erzzionist! ER kommt zum Zion zurück. Tobt deshalb die Welt? Und ER bringt sein Volk aus der von ihm verordneten weltweiten Zerstreuung zurück – ob die wollen oder nicht. Viele Juden hatten das gelobte Land nicht als Lebensziel vor Augen. Sie wurden getrieben, gejagt und aus der Verfolgung heraus ins Land gebracht. Im EKD-Kirchenpapier heißt es: „Viele ‚christliche Zionisten‘ fördern mit politischer Lobbyarbeit und erheblichen finanziellen Mitteln die Einwanderung in das Land Israel und den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten.“ Warum ist das rundum abzulehnen? Warum ist der „christliche Zionismus“ eine „Engführung“ biblischer Aussagen? Der Gott, der in der Bibel zu uns spricht und sich in der Geschichte offenbart, sieht es jedenfalls ganz eng. Er kommt zum Zion zurück. Tochter Zion, freue dich! Sieh, dein König kommt zu dir. Sei gesegnet deinem Volk!

Und diese Herrschaft Gottes mündet in das Heil für alle Völker. „Und so werden viele Völker, Heiden in Scharen, kommen, den Herrn Zebaoth in Jerusalem zu suchen und den Herrn anzuflehen.“ (Sacharja 8,32) ||

Veranstaltungen mit Johannes Gerloff

Israelkonferenz, 3. und 4. Januar 2013

„Auf den Spuren des Messias durch den Propheten Sacharja“
 Lebenszentrum, Mühlweg 8, 71292 Frielzheim

Informationen/Anmeldung

Württembergischer Christusbund | Telefon (07151) 603034 | info@christusbund.de

Offener Vortragsabend, 5. Januar 2013, 19.30 Uhr

„Der Arabische Frühling als Herausforderung für Israel und Europa“
 Lebenszentrum, Mühlweg 8, 71292 Frielzheim



Veranstaltung



mit Egmond Prill

Israeltage im „Haus Gertrud“

Jonsdorf (Oberlausitz)

22. bis 25. November 2012

„Pulverfass Nahost – Israel zwischen Krieg und Krisen“
 Umbrüche im Orient machen Schlagzeilen. Was in und um Israel geschieht, bewegt die ganze Welt. Weltgeschichte und Weltpolitik verdichten sich im Pulverfass Nahost. Hören Sie Biblisches, Politisches, Aktuelles. Gönnen Sie sich besondere Tage im Zittauer Gebirge vor den Toren Dresdens.

Informationen/Anmeldung

Haus Gertrud | Großschönauer Str. 48
 02796 Kurort Jonsdorf
 Telefon (03 58 44) 7 35-0
 www.haus-gertrud.de | info@haus-gertrud.de

Reisen



Israelwoche in Oberstdorf – „Orient im Umbruch“

12. bis 19. Januar 2013

Die Welt schaut nach Nordafrika und in den Nahen Osten. Jerusalem wird zum Taumelbecher für die Völker rings um Israel und zum Laststein für alle Nationen. Der lebendige Gott, in Liebe und Treue seinem Volk verbunden, hat

Israel getragen und der Welt zum Segen gesetzt. Es geht um die Lage des modernen Staates Israel und die Konflikte zwischen Nil und Euphrat mit ihren politischen Ursachen und religiösen Prägungen.

Informationen/Anmeldung

Christliches Gästehaus Bergfrieden | Oytalstraße 4 | 87561 Oberstdorf
 Telefon (0 83 22) 95 98-0 | Telefax (0 83 22) 95 98-222 | info@bergfrieden-oberstdorf.de

Israel-Studienreise

2. bis 12. Mai 2013; Leitung Egmond Prill, Thomas Peters

Herzliche Einladung zu dieser einzigartigen Bildungsreise. Entdecken Sie das Land Israel ganz aus der Nähe.

Eine Reise, die uns von der Südspitze Israels durch das ganze Land führen wird. Von Eilat aus können Sie Meer und Wüste entdecken, eine Tagestour nach Petra in Jordanien machen. Wir fahren weiter zum Toten Meer, wo wir eine Nacht bleiben. Danach fahren wir durch das Jordantal bis zum See Genezareth, wo uns der gastliche Kibbuz Kinnar erwartet. Die Reise führt uns schließlich nach Jerusalem, der heiligen Stadt und Hauptstadt des Staates Israel.

Informationen/Anmeldung

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar
 Telefon (0 64 41) 9 15 151 | info@israelnetz.com



Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)

Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail

